

Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren,
Integration und Gleichstellung | Postfach 70 61 | 24170 Kiel

Vorsitzender des Innen- und Rechtsaus-
schusses

Herr Jan Kürschner, MdL

- Landeshaus -

Düsternbrooker Weg 70

24105 Kiel

Ministerin

20. November 2023

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/2312

Innen- und Rechtsausschuss 01.11.2023

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

in der 36. Sitzung des Innen- und Rechtsausschuss am 01.11.2023 habe ich zugesagt, im Nachgang die Sprechzettel zu den Tagesordnungspunkten 1a) und 1b) zur Verfügung zu stellen.

In der Anlage finden Sie das gewünschte Dokument.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Aminata Touré

Allgemeine Datenschutzinformationen:

Der telefonische, schriftliche oder elektronische Kontakt mit dem Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung ist mit der Speicherung und Verarbeitung der von Ihnen ggf. mitgeteilten persönlichen Daten verbunden. Rechtsgrundlage hierfür ist Art. 6 Absatz 1 Buchstabe e der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) der Europäischen Union. Weitere Informationen erhalten Sie hier:

<https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesportal/servicemeta/datenschutz/Datenschutzerklaerung/datenschutzerklaerung.html>

Sprechzettel Innen- und Rechtsausschuss, 01.11.2023

I. Eingangsstatement:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

- Seit dem 4.7. ist öffentlich bekannt, dass Marjam Samadzade ihre Tätigkeit als Staatssekretärin im Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung beenden wird.
- Diese Entscheidung wurde im Einvernehmen zwischen ihr und mir getroffen.
- Als Zeitpunkt war die Beendigung ihrer Tätigkeit nach den Sommerferien benannt.
- Am 26. August 2023 haben wir gegenüber der Presse kommuniziert:
- „Aus personalrechtlicher Sicht ist eine Rückkehr von Staatssekretärin Samadzade in die Hamburger Justiz zum 01. Januar 2024 vorgesehen.“

- Eine freie Stelle in der Hamburger Justiz, wohin Frau Samadzade wieder zurückkehren wollte, war erst ab dem 1. Januar 2024 möglich.
- Am 19. Oktober 2023 habe ich per Pressemitteilung darüber informiert, dass der Wechsel der Staatssekretärin bereits zum 1. November 2023 auf meinen Wunsch hin erfolgen wird und dass Frau Silke Schiller-Tobies ab 01. November 2023 neue Staatssekretärin wird.
- Zuvor hatte ich Marjam Samadzade in einem persönlichen Gespräch darum gebeten, um ihre Entlassung als Staatssekretärin zu bitten und dies zu verschriftlichen.
- Frau Samadzade ist dem nachgekommen.
- Anlass dieses Ausschusses und das Interesse der Presseöffentlichkeit ist, die näheren Umstände zu erfahren.
- Ich möchte dieser Bitte nachkommen und den Sachverhalt einmal wie folgt darstellen.
- Anlass für das vorzeitige Ausscheiden ist:

- Marjam Samadzade hat am 17. Oktober 2023 über die Social-Media-Plattform Instagram einen Post aktiv weiterverbreitet.
- In dem Beitrag wird unter anderem die Regierung Israels für ihr Vorgehen nach dem Terroranschlag der Hamas scharf kritisiert und verurteilt.
- Der Post entspricht nicht im Ansatz meiner persönlichen Haltung, noch der der schleswig-holsteinischen Landesregierung.
- Unsere Haltung als Landesregierung hat der Ministerpräsident in der Landtagssitzung vom 11. Oktober 2023 wie folgt vertreten.

Zitat:

- „Wir stehen in diesen schweren Stunden mit unverbrüchlicher Solidarität, Freundschaft und Verbundenheit an der Seite Israels. Unser Mitgefühl gilt in diesen schweren Stunden dem israelischen Volk.“
- „Israel kann sich immer auf unseren Rückhalt verlassen. Das Existenzrecht und der Schutz Israels sind deutsche Staatsräson.“

Zitat Ende.

- Diese Position habe ich auf Pressenachfrage am 24.Oktober noch einmal zum Ausdruck gebracht:
 - „Wir stehen an der Seite Israels, das das Recht hat sich selbst zu verteidigen. Israels Existenzrecht darf zu keinem Zeitpunkt in Frage gestellt werden.“

- Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, ich bin davon überzeugt, dass wir als Deutsche und als deutsche Politiker*innen allemal, aus einer historischen Verpflichtung heraus deutlich sein müssen und es keinen Zweifel an einer klaren Positionierung geben darf.

- Und das bin ich.

- Dieselbe Erwartungshaltung habe ich an Menschen, die für mich arbeiten, die für mich in herausgehobenen Funktionen wie der einer Staatssekretärin arbeiten.

- Mir ist dabei wichtig zu betonen, dass es hierbei um das Rollenverständnis von Mitgliedern einer Landesregierung geht.

- Wenn wir uns als Mitglieder der Landesregierung öffentlich äußern, in Form von Social-Media-Plattformen, dann ist das für mich eine öffentliche Äußerung, gerade, wenn man in seinem Profil stehen hat, als Staatssekretärin im Sozialministerium zu arbeiten.
- Wenn man sich dazu entscheidet, sich auf solchen Plattformen politisch zu verhalten, dann tut man das nicht als Privatperson, sondern als Vertreter*in eines Staates.
- Im Zuge dieser Debatte wurde die Frage nach Meinungsfreiheit geäußert.
- Die Meinungsfreiheit von Privatpersonen und Aktivist*innen ist davon natürlich unbenommen.
- Kritische Positionen zum Nahostkonflikt sind in diesen Tagen überall zu vernehmen.
- Ich habe die Rolle und das Verhalten meiner damaligen Staatssekretärin bewertet und habe dann Konsequenzen daraus gezogen, die dann zu einem frühzeitigeren Ausscheiden als geplant geführt hat.

- Und erlauben Sie mir folgenden Zusatz: Ich bin der Meinung, dass wir uns als Landesregierung primär mit landespolitischen Fragen auseinandersetzen sollten, denn darin haben wir eine Expertise und Verantwortung.
- Meine Rolle als Landesministerin in der Debatte sehe ich in der bedingungslosen Solidarität mit Jüdinnen und Juden, die nach dem Angriff der Hamas auch in Deutschland und Schleswig-Holstein vermehrt Angriffe erleben.
- Deshalb halte ich „Ja-aber“-Diskussionen nicht für angemessen.
- Wenn Jüdinnen und Juden angegriffen werden, müssen wir glasklar sein.
- Mit dem Teilen des Social-Media-Posts hat Marjam Samadzade **erneut** eine **mangelnde politische Sensibilität** deutlich gemacht.
- Weitere Details im nicht-öffentlichen und vertraulichen Teil dieser Sitzung.

- In meiner Rolle als Ministerin habe ich nicht nur Verantwortung dem Staat und den Bürger*innen gegenüber, sondern auch meinem Haus und meinen Mitarbeitenden gegenüber.
- Deshalb war es war mir wichtig:
- Dass das Amt der Staatssekretärin zum nächstmöglichen Zeitpunkt neu besetzt wird.
- Die derzeitigen und kommenden Herausforderungen, gerade im Fluchtbereich, fordern einen hundertprozentigen Einsatz einer politischen Hausspitze und auch die notwendige politische Sensibilität in der aktuellen gesamtgesellschaftlichen Stimmung.
- Das ist für mich die oberste Priorität gewesen und das bleibt sie.
- Wichtig war mir auch, dass es eine einvernehmliche und pragmatische Lösung mit Frau Samadzade gibt.
- Dass Frau Samadzade in den Richterdienst zurückkehren kann, ohne dass ihr Ansehen davon Schaden nimmt.

- Menschen, die sich dafür entscheiden, ein Amt in der Politik wahrzunehmen, tun dies mit dem Risiko, dass alles öffentlich diskutiert werden kann.
- Darüber ist man sich im Klaren.
- Nichtsdestotrotz habe ich eine Fürsorgepflicht für Menschen, die für mich arbeiten. Diese Fürsorgepflicht umfasst auch Staatssekretär*innen.
- Der habe ich mich und der sehe ich mich verpflichtet.
- Jetzt gibt es diese Notwendigkeit jedoch aufgrund der Einladung in den Innen- und Rechtsausschusses zu dem Sachverhalt tiefer einzusteigen und dieser Bitte komme ich durch meinen Bericht nach.
- Aus Persönlichkeitsrechten möchte ich zwei Punkte in einem nicht-öffentlich und vertraulichen Teil der Ausschusssitzung vortragen.

II. Kleine Anfrage FDP:

Antwort auf die KA FDP im Oktober 2023:

- Frau Staatssekretärin Marjam Samadzade hat erklärt, auf eigenen Wunsch aus dem Amt der Staatssekretärin auszuscheiden und in ihr Amt bei der Justizbehörde Hamburg zurückkehren zu wollen.
- Sie wird in Abstimmung mit Ministerin Touré bereits am 01. November 2023 zunächst in den Justizbereich des Landes zurückkehren.
- Ein anschließender Wechsel zur Justizbehörde Hamburg ist aufgrund notwendiger organisatorischer Maßnahmen jedoch erst zum 01.01.2024 möglich.
- Es ist vorgesehen, die Stelle der Staatssekretärin zum 01.11.2023 nach zu besetzen.
- Die Nachfolge wurde am 19.10.2023 bekanntgegeben.

Zur Beantwortung der Kleinen Anfrage):

- Die FDP hat eine Kleine Anfrage gestellt und wir haben diese Fragen konkret beantwortet.
- Darüberhinausgehende Sachverhalte waren nicht Gegenstand der Kleinen Anfrage.
- Auch begründet eine Kleine Anfrage keinen allgemeinen Auskunftsanspruch – es geht um konkret spezifizierte Fragen, die konkret beantwortet werden müssen.
- Wenn der Antragsteller/ die Antragstellerin der Auffassung ist, dass seine Fragen nicht ausreichend beantwortet seien, besteht für ihn die Möglichkeit der Nachfrage.
- Um diese zu ermöglichen bin ich heute hier.
- Ich wiederhole gerne die Antworten, die ich bereits gegeben habe:

Erste Frage:

Was sind die konkreten Gründe dafür, dass die Landesregierung Anfang Juli erklärt hat, dass die

Staatssekretärin aus ihrem Amt ausscheiden werde und warum genau sollte dies zum Ende der Sommerpause geschehen? Bitte erläutern.

Antwort:

- Mit dem Teilen des Social-Media-Posts hat Marjam Samadzade erneut eine **mangelnde politische Sensibilität** deutlich gemacht.
- Wie vorhin erwähnt, würde ich das in einem nicht-öffentlichen und vertraulichen Teil vertiefen.

Zweite Frage:

Was sind die konkreten Gründe dafür, dass die Landesregierung dann am Ende der Sommerpause erklärt hat, dass die Staatssekretärin nun erst zum 31. Dezember aus ihrem Amt ausscheiden werde? Bitte erläutern.

Antwort:

- Vor der Sommerpause haben wir lediglich die Information herausgegeben, dass zeitnah nach der Sommerpause die Rückkehr in die Justiz erfolgen wird.

- Als dieser Zeitpunkt sich herausgestellt hat, haben wir diese Information an die Öffentlichkeit weitergegeben.
- Frau Samadzade hatte eine Rückkehr in den Justizdienst in Hamburg angestrebt.
- Dort war erst zum 1. Januar 2024 eine Stelle frei.

Dritte Frage:

Wenn beamtenrechtliche Gründe dafür ausschlaggebend sein sollten, dass die Staatssekretärin erst zum Jahresende aus ihrem Amt scheiden wird, welche sind dies und warum waren diese erst am Ende der Sommerpause bekannt, als die Staatssekretärin eigentlich aus ihrem Amt ausscheiden sollte? Bitte erläutern.

Antwort:

- Ein Wechsel zur Justizbehörde Hamburg war aufgrund notwendiger organisatorischer Maßnahmen erst zum 01. Januar 2024 möglich.
- Eine freie Stelle gab es erst ab dem 01. Januar 2024.

Vierte Frage:

Zieht es die Landesregierung mittlerweile in Betracht, aufgrund der angespannten Haushaltslage auf die Nachbesetzung dieses Staatssekretärspostens zu verzichten? Wenn ja, wann ist mit einer diesbezüglichen Entscheidung zu rechnen? Wenn nein, warum nicht? Bitte erläutern.

Antwort:

- Die Stelle wurde zum 1. November 2023 mit Silke Schiller-Tobies neu besetzt.
- Wir haben wichtige Aufgaben zu bewältigen, gerade mit Blick auf die aktuelle Fluchtbewegung und werden diese gemeinsam voranbringen.
- Unter anderem mit dem Migrationsgipfel haben wir wichtige Weichen gestellt und werden weiterhin die Unterbringung und Integration von Geflüchteten gemeinsam mit den Kommunen bewerkstelligen.
- Gerade jetzt ist es wichtig, mit voller Kraft voraus die Themen anzupacken.
- Auch im Bereich der Gleichstellung stehen mit der Novellierung des Gleichstellungsgesetzes und dem

Voranbringen des Hochrisikomanagements wichtige Aufgaben an.

- Frau Schiller-Tobies hat in der Vergangenheit an diesen Fragen gearbeitet und kennt auch aus polizeilicher Sicht die Notwendigkeit und Dringlichkeit.

III. Zeitschiene

- Am 4. Juli 2023 haben wir durch eine Pressemitteilung bekannt gegeben, dass Frau Samadzade ausscheiden wird und in die Justiz zurückwechseln wird. Als Zeitraum haben wir „zeitnah nach der parlamentarischen Sommerpause“ benannt.
- Am 26. August 2023 haben wir öffentlich bekannt gegeben und konkretisiert, dass die Rückkehr von Frau Samadzade in die Hamburger Justiz zum 1. Januar 2024 erfolgen wird.
- Am 17. Oktober 2023 hat Frau Samadzade den Post in ihrer Story geteilt.
- Am selben Tag, gegen Abend, habe ich einen Anruf der Vize-Ministerpräsidentin mit dem Hinweis erhalten, dass

es einen problematischen Post in Marjam Samadzades Instagram Story geben solle.

- Daraufhin habe ich Marjam Samadzades Instagram Story angeschaut.
- Ich habe Marjam Samadzade, die sich im Auslandsurlaub mit erheblicher Zeitverschiebung befand, kontaktiert und sie gebeten, die Story zu löschen, da der Inhalt des Posts nicht mit der Position der Landesregierung übereinstimmt.
- Anschließend habe ich mit dem Ministerpräsidenten über den weiteren Verbleib von Frau Samadzade beraten.
- Wir sind zu dem Entschluss gekommen, dass ein Verbleib nicht möglich ist.
- Der Chef der Staatskanzlei und ich haben in einem Telefonat das weitere Verfahren bzgl. der dienstlichen Erklärung besprochen.
- Daraufhin habe ich mit Marjam Samadzade telefoniert und das weitere Verfahren besprochen.
- Ich forderte sie auf, schriftlich um ihre Entlassung zu bitten.

- Der Landesregierung war es wichtig, dass keine Versorgungsansprüche entstehen.
- Am 18. Oktober 2023 habe ich meinem Leitungsstab und den Abteilungsleitungen verkündet, dass Marjam Samadzade frühzeitiger ausscheiden wird und Silke Schiller-Tobies neue Staatssekretärin wird.
- Zeitgleich wurden dienstrechtliche Fragen geklärt.
- Am 18. Oktober 2023 kam es zur Klärung dienstrechtlicher Verfahren zwischen Sozialministerium, MJG und STK auf politischer und Arbeitsebene.
- Die Zustellung der Urkunde war aufgrund des Auslandsaufenthaltes von Frau Samadzade ein Problem:
- Die Urkundenüberstellung muss persönlich erfolgen oder über jemand anderen, wofür es jedoch eine Vollmacht braucht.
- Die Übergabe der Urkunde konnte daher erst zum 27. Oktober 2023 erfolgen, sodass der offizielle Wechsel zum 1. November 2023 vollzogen werden konnte.

- Am 19.Oktober hat Marjam Samadzade dann schriftlich per Mail um ihre Entlassung auf meinen Wunsch gebeten.
- Ich habe sie in Reaktion darauf, schriftlich darum gebeten ihre Amtsgeschäfte ab sofort ruhen zu lassen.
- Das MJG hat Frau Samadzade mit Schreiben vom 11.Juli 2022 Sonderurlaub unter Wegfall der Besoldung mit Wirkung vom 18. Juli 2022 für die Dauer ihrer Tätigkeit als Staatssekretärin bewilligt.

→ Einzelheiten hierzu kann das **MJG** beantworten.

- Das bedeutet, dass Frau Samadzade ab dem 1. November 2023 wieder als Richterin tätig sein wird.
- Der Grund für die Bewilligung des Sonderurlaubs entfällt.

→ Einzelheiten hierzu kann das **MJG** beantworten.

- Die Besoldung richtet sich ab diesem Zeitpunkt dann wieder nach dem Richteramt.
- Dieses Verfahren liegt in der Zuständigkeit des MJG

→ Einzelheiten hierzu kann das **MJG** beantworten.

- Am 18. Oktober 2023 wurde die Rückkehr von Marjam Samadzade ins Richterverhältnis nach Ratzeburg bis zum anberaumten Dienstantritt am 1. Januar 2024 in Hamburg, sowie die Übernahme von ihrem Resturlaub vereinbart.

→ Einzelheiten hierzu kann das MJG beantworten.

IV. Besoldung Frau Samadzade

- Wir gehen davon aus, dass keine finanziellen Ansprüche mehr von Frau Samadzade aus dem Staatsekretärin-Verhältnis bestehen, sondern ab dem 1. November 2023 ausschließlich die Besoldung aus dem Richterinnenverhältnis erfolgt.
- Grundsätzlich richten sich Ansprüche nach dem Landesbeamten- und dem Beamtenversorgungsrecht.